Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10501
24. 04. 98

# Fragen

## für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 29. April 1998

### Verzeichnis der Fragenden

## Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

1. Abgeordnete **Ulrike Mehl** (SPD)

Wie hat die Bundesregierung auf die Absicht der Kommission reagiert, gegen Deutschland Klage beim Europäischen Gerichtshof zu erheben, weil Deutschland nicht bis Juni 1995 im Rahmen des EU-Programms „Natura 2000" Listen seltener und schützenswerter Landschaftgebiete in Brüssel vorgelegt hat, und welche Möglichkeit sieht sie, diese Klage zu vermeiden?

2. Abgeordnete **Ulrike Mehl** (SPD)

Was hat die Bundesregierung getan, um entsprechend der seit 1994 geltenden EG-FFH-Richtlinie FFH-Gebiete (FFH: Fauna-Flora-Habitat) rechtzeitig in Brüssel zu melden, und wie will sie das Meldeverfahren bis Juni 1998 abschließen?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Ist die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Joachim Günther (MdB), das Bundesministerium der Verteidigung verlege seinen ersten Dienstsitz nicht nach Berlin (Plenarprotokoll 13/229 vom 22. April 1998), so zu verstehen, daß die Leitungsebene dieses Ministeriums am ersten Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn verbleibt?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

4. Abgeordneter **Michael Müller (Düsseldorf)** (SPD)

Welche Firmen sind der Bundesregierung bzw. der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) bekannt, die Brandrodung in Südostasien oder Südamerika gegen bestehende Verbote betreiben, und mit welchen Maßnahmen könnten diese Firmen zur Rechenschaft gezogen werden?

5. Abgeordneter **Michael Müller (Düsseldorf)** (SPD)

Wie steht die Bundesregierung zu der vom Leiter des Umweltsekretariats der Vereinten Nationen, Dr. Klaus Töpfer, erhobenen Forderung, diese Firmen in einer „schwarzen Liste" zu veröffentlichen, um diese Firmen international an den Pranger zu stellen, und welche wirtschaftlichen und rechtlichen Sanktionen würde die Bundesregierung gegen diese Firmen unterstützen?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordneter **Helmut Wilhelm (Amberg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Kontinuität der vor einigen Wochen begonnenen internen Untersuchung der Tätigkeit des H. G. als Vertrauensperson (VP 572) im Bundeskriminalamt dadurch zu gewährleisten, daß der derzeitige Leiter der entsprechenden Untersuchungsgruppe auch über seine Ende des Monats April 1998 anstehende Pensionierung hinaus diese Arbeit bis zum Abschluß der Prüfung weiterführen kann?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

7. Abgeordnete **Monika Ganseforth** (SPD)

Aus welchem Grund dürfen Arbeitslose nach dem Arbeitsförderungs-Reformgesetz nur begrenzt ehrenamtlich tätig werden, ohne ihre Ansprüche zu verlieren, und wie verträgt sich das mit dem Anspruch der Bundesregierung, das Ehrenamt zu fördern?

8. Abgeordnete **Monika Ganseforth** (SPD)

Wie viele Stunden dürfen Arbeitslose wöchentliche maximal ehrenamtlich tätig sein, ohne ihre Ansprüche zu verlieren?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

**9.** Abgeordneter
**Jürgen Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß C. B. „aus dem extrem linken Lager" (siehe Focus vom 6. April 1998) als Autor der Beilage „Reader Sicherheitspolitik" (Ergänzungslieferung 6 und 7/95 Teil I) zur Bundeswehr-Zeitschrift „Information für die Truppe" auftritt, die als Handreichung zur politischen Bildung in den Streitkräften dient?

**10.** Abgeordneter
**Hans Wallow**
(SPD)

Welche Gesamtkosten entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung dem Bund durch die eventuelle Verlegung des Katholischen Militärbischofsamtes (als Bundesoberbehörde) sowie der Kurie des Katholischen Militärbischofs von Bonn nach Berlin, und ist die Bundesregierung bereit, auf die Bewilligung von Haushaltsmitteln so lange zu verzichten, bis die in der Frage des eventuellen Berlin-Umzuges des Katholischen Militärbischofsamtes beim Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages anhängige Petition (die sich gegen den Umzug wendet) auch von seiten des Ausschusses für abgeschlossen erklärt ist?

**11.** Abgeordneter
**Gernot Erler**
(SPD)

Welches ist der politische und militärische Zweck der in der Heeresfliegerschule in Bückeburg laufenden Ausbildung von 60 Angehörigen der bosnisch-herzegowischen Streitkräfte als Hubschrauberpiloten und Wartungstechniker und damit von Streitkräften aus einem militärischen Spannungsgebiet?

**12.** Abgeordneter
**Gernot Erler**
(SPD)

Ist dieses Ausbildungsprogramm Teil einer mit den anderen europäischen Partnern abgesprochenen Initiative, und welche vergleichbaren Ausbildungsprogramme für Angehörige der bosnisch-herzegowischen Streitkräfte werden von den übrigen EU-Staaten durchgeführt?

**13.** Abgeordnete
**Dr. Elke Leonhard**
(SPD)

Welche spezifischen Anforderungen stellte die Ausschreibung für das europäische Projekt zur Entwicklung, Fertigung und Beschaffung eines Gepanzerten Transportfahrzeugs (GTK), insbesondere in Hinsicht auf die technischen Leistungsmerkmale?

| | |
|---|---|
| **14.** Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD) | Wurden die in der Ausschreibung genannten Anforderungen im laufenden Verfahren modifiziert; und wenn wenn ja, welche Auswirkungen hatte dies auf die an der Ausschreibung beteiligten Firmen? |

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

| | |
|---|---|
| **15.** Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU) | Wie hoch ist die Zahl bundeseigener Wohnungen in Mannheim, die zum Bestand des Bundeseisenbahnvermögens gehöhren? |
| **16.** Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU) | In welchem Umfang sollen die in Mannheim zum Bestand des Bundeseisenbahnvermögens gehörenden Wohnungen veräußert werden? |
| **17.** Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD) | Beeinflußt die Wasserauffüllung des Brombach- und des Altmühlsees die Wasserstände des Schiffahrtsweges Donau, und wenn ja, in welcher Weise? |
| **18.** Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD) | Um welche Wassermengen handelte es sich dabei in den letzten drei Jahren? |

## Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

| | |
|---|---|
| **19.** Abgeordnete **Dr. Barbara Hendricks** (SPD) | Welche Goethe-Institute sind auf Veranlassung der Bundesregierung seit 1990 geschlossen worden, und wie hoch war die jeweilige jährliche Ersparnis zugunsten des Bundeshaushalts? |

**20.** Abgeordnete **Dr. Barbara Hendricks** (SPD)

Welche Goethe-Institute sind auf Veranlassung der Bundesregierung seit 1990 neu eröffnet worden, und wie stellt sich der Saldo aus Mehr- und Minderausgaben für Neueröffnung und Schließung von Goethe- Instituten in den Haushaltsjahren 1995 bis 1998 dar?

**21.** Abgeordneter **Dr. Hansjörg Schäfer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die der amerikanischen Regierung unterstellte Dienstleistungseinrichtung „General Services Administration" (GSA), die nicht die Anforderung von Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a und b des NATO-Truppenstatutes erfüllen dürfte, seit dem 1. Oktober 1997 (z. B. in der US-Militärgemeinde Kaiserslautern) tätig ist und bei ihren wirtschaftlichen Betätigungen die im NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen vorgesehenen Befreiungen bei Einfuhrabgaben in Anspruch nimmt?

**22.** Abgeordneter **Dr. Hansjörg Schäfer** (SPD)

Sieht die Bundesregierung insoweit Handlungsbedarf, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung in bezug auf die Tätigkeiten der GSA ggf. zu ergreifen?

**23.** Abgeordneter **Ulrich Irmer** (F.D.P.)

Ist der Empfang des Präsidenten Weißrußlands, Alexander Lukaschenko, im Gästehaus der niedersächsischen Landesregierung durch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder aus der Sicht der Bundesregierung mit dem Beschluß des Rates der Außenminister der Europäischen Union vom 15. September 1997 vereinbar, in dem die EU-Mitgliedstaaten sich verpflichten, von hochrangigen politischen Kontakten zur Weißrußland abzusehen?

**24.** Abgeordneter **Ulrich Irmer** (F.D.P.)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen hochrangige Politiker anderer Mitgliedstaaten der EU den gemeinsam getroffenen Beschluß unterlaufen haben könnten?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

**25.** Abgeordnete **Verena Wohlleben** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß im Bereich der „MUNA" (ehemaliges Wehrmachtsmunitionslager und anschließend als amerikanischer Militärflugplatz genutztes Gelände)

in Feucht/Mittelfranken die Altlastensanierung aufgrund des Kompetenzkonfliktes zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Bayern Gewerbeansiedlung und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert wird?

**26.** Abgeordnete **Verena Wohlleben** (SPD)

Welche Möglichkeiten einer baldigen Einigung in dem Kompetenzkonflikt mit dem Freistaat Bayern sieht die Bundesregierung, und bis wann rechnet sie – auch im Interesse der Schaffung von Arbeitsplätzen – mit einer solchen?

**27.** Abgeordnete **Renate Jäger** (SPD)

In welchem Umfang sind als Folge der Verlängerung des Zeitrahmens in § 3 Satz 1 Nr. 3 der Neufassung des Investitionszulagengesetzes im Jahressteuergesetz 1996 Investitionszulagen ausbezahlt worden (Angaben bitte aufgeschlüsselt nach Bundesländern; bitte – soweit bekannt – Anzahl der Unternehmen und Gesamtsummen angeben)?

**28.** Abgeordneter **Eckart Kuhlwein** (SPD)

Ist die Bundesregierung nach ihrer Entscheidung für „größte Zurückhaltung" beim Verkauf von Naturschutzflächen in den neuen Bundesländern (Fragestunde vom 22. April 1998) bereit, Zurückhaltung auch beim Verkauf von unter Naturschutz stehenden ehemaligen militärischen Liegenschaften in den alten Bundesländern walten zu lassen?

**29.** Abgeordneter **Eckart Kuhlwein** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, wie für ostdeutsche Naturschutzgebiete angekündigt, auch in Westdeutschland unter Naturschutz stehende Liegenschaften des Bundes grundsätzlich nicht an Privatpersonen zu verkaufen, und was würde das z. B. gegebenenfalls für den im Kreis Storman (Schleswig-Holstein) gelegenen früheren Schießplatz Höltigbaum bedeuten?

**30.** Abgeordneter **Dr. Emil Schnell** (SPD)

In wie vielen Tranchen mit jeweils welchem Erlösvolumen soll der gemäß Haushaltsplan noch ausstehende weitere Erlös von 15 Mrd. DM aus dem Verkauf von Telekom-Aktien an die KfW (KfW: Kreditanstalt für Wiederaufbau) erzielt werden?

**31.** Abgeordneter **Dr. Emil Schnell** (SPD)

Für welche Zeitpunkte ist die Übertragung der Aktien auf die KfW vorgesehen?

**32.** Abgeordneter **Gerhard Rübenkönig** (SPD)

Wie hoch sind nach Einschätzung der Bundesregierung die vom Bund abzudeckenden Defizite der drei Postunterstützungskassen für die Jahre von 1999 bis 2010?

**33.** Abgeordneter **Gerhard Rübenkönig** (SPD)

Wie viele Telekom-Aktien befinden sich noch im Besitz des Bundes, und welchen Wert stellt dieses Paket beim gegenwärtigen Börsenkurs dar?

**34.** Abgeordneter **Karl Diller** (SPD)

Mit welchen zusätzlichen Zinsausgaben hätte der Bund für 1998 rechnen müssen, wenn er im Dezember 1997 anstelle des Verkaufs der Telekom-Anteile im Umfang von 10 Mrd. DM zusätzliche Kredite aufgenommen hätte?

**35.** Abgeordneter **Karl Diller** (SPD)

Wie hoch liegen die Zinskonditionen für Kredite des Bundes bezogen auf FIBOR (FIBOR: Frankfurt Interbank offered Rate) üblicherweise, und wie hoch sind demgegenüber die dem Bund von der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) für die Refinanzierung der ersten Tranche eingeräumten Zinskonditionen in 1998?

**36.** Abgeordneter **Manfred Hampel** (SPD)

Wie viele Telekom-Aktien hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau aus dem Bestand des Bundes bei der Übernahme der ersten Tranche am 19. Dezember 1997 mit einem Gesamtkaufpreis von 10 Mrd. DM gekauft?

**37.** Abgeordneter **Manfred Hampel** (SPD)

Welcher Börsenkurs wurde bei der Preisfestsetzung zugrunde gelegt, und wie wurde er gemäß Vertrag ermittelt?

**38.** Abgeordneter **Ernst Bahr** (SPD)

Wie stellt sich die strukturelle Neuorganisation der Bundesforstverwaltung nach der Planung der Regierung dar, und wie steht die Bundesregierung zu der Auffassung der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, daß in dem vorliegenden Gutachten der GMO Management Consulting GmbH eine sinnvolle Zusammenfassung von kleineren unmittelbar zusammenliegenden Forstämtern nicht erfolgt und statt dessen nicht nachvollziehbare und scheinbar willkürliche Revierverschiebungen, die aufgrund ihrer Größenordnung keine Existenzberechtigung haben dürften, erfolgen?

**39.** Abgeordneter
**Ernst Bahr**
(SPD)

Wie stellen sich die Zeitabläufe der Neuorganisation der Bundesforstverwaltung nach Planung der Bundesregierung dar, und inwieweit wird die Bundesregierung bei der Durchführung der Neuorganisation der Bundesforstverwaltung die Ergebnisse eines von der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt in Auftrag gegebenen Gutachtens in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Planung mit berücksichtigen?

**40.** Abgeordnete
**Heidemarie Wright**
(SPD)

Von welchem Mitarbeiterbestand bzw. künftigen Mitarbeiterbedarf geht die Bundesregierung nach Auswertung des Gutachtens der GMO Management Consulting GmbH aus, und wie hoch werden die mit der Neuorgansiation der Bundesforstverwaltung verbundenen Kosten für den Steuerzahler veranschlagt?

**41.** Abgeordnete
**Heidemarie Wright**
(SPD)

Aus welchen Gründen wird bei der Neuorganisation der Bundesforstverwaltung, wie auch aus dem Gutachten des Wirtschaftsberatungsunternehmens der GMO Management Consulting GmbH hervorgeht, fast ausschließlich die personalwirtschaftliche Umstrukturierung angegangen, währenddessen andere Zielvorgaben, wie strategische Ziele, Aufgaben, Abläufe und Ausstattungen der gesamten Abläufe in der Bundesforstverwaltung nicht hinreichend berücksichtigt werden?

**42.** Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens Rössel**
(PDS)

Welche Gründe sind nach Kenntnis der Bundesregierung ausschlaggebend dafür, daß das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen erst im Februar 1998 gegen ein Berliner Unternehmen der Finanzanlagebranche tätig wurde, obwohl bereits lange vorher einschlägige Fachveröffentlichungen vor dieser Gesellschaft warnten, wie aus Veröffentlichungen der Berliner Zeitung vom 18. April 1998 hervorgeht?

**43.** Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens Rössel**
(PDS)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Umstellungsaufwand (in Mio. DM) für die Einführung des Euro in der öffentlichen Verwaltung (für Bund, Länder und Kommunen) in Deutschland?

Bonn, den 24. April 1998

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333